

Beiräte bekommen eine Million Euro als Stadtteilbudget

Finanzmittel für Maßnahmen im Verkehrsbereich sollen nach Einwohnerzahlen aufgeteilt werden / Testlauf für zwei Jahre vereinbart

VON DETLEV SCHEIL

Bremen. Das Angebot des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr steht: Als Stadtteilbudget für die 22 Bremer Beiräte will er aus seinem Geldtopf für dieses und nächstes Jahr jeweils eine Million Euro zur Verfügung stellen. Diese Nachricht brachte Ronny Meyer, Staatsrat des Ressorts, am Mittwoch in die Beirätekonzferenz mit.

Diese Höhe der Summe war schon seit einiger Zeit im Gespräch (wir berichteten). Und so überraschte es die Vertreter aus den Stadtteilen auch nicht mehr besonders, dass sie demnächst im Durchschnitt mit etwa 50 000 Euro Stadtteilbudget für Maßnahmen im Verkehrsbereich rechnen können. Der Tenor bei der Beirätekonzferenz lautete, der Vorschlag sei in Ordnung. Man solle mit diesem Stadtteilbudget beginnen und nach zwei Jahren Testlauf Bilanz ziehen, ob die Summe ausreicht, waren sich die Beiratssprecher weitgehend einig. Auch Dietrich Heck, Beiratsmitglied der Grünen in Schwachhausen und energischer Kämpfer für das Stadtteilbudget, stimmte zu.

Staatsrat Ronny Meyer empfahl, für die Verteilung des Geldes an die 22 Beiratsbezirke einen möglichst einfachen Schlüssel zu wählen. Geeignet sei die Einwohnerzahl. Damit würden große Stadtteile wie die Neustadt, Osterholz oder Hemelingen jeweils zwischen 60 000 und 70 000 Euro erhalten. Damit kleine wie Seehausen oder das Blockland nicht mit Kleckerbeträgen abgespeist werden, soll es für sie einen Mindestbetrag von 5000 Euro geben.

Das neue Stadtteilbudget ist für verkehrslenkende, -beschränkende und -beruhigende Maßnahmen bestimmt – zum Beispiel für einen neuen Fußgängerüberweg mit Ampel, der laut Gunnar Polzin vom Verkehrsressort für etwa 30 000 Euro zu haben ist. Noch nicht abschließend geklärt ist, ob der jeweilige Beirat dann auch für die Stromkosten der Ampel aufkommen muss. Mehrere Beiratssprecher lehnten das mit Nachdruck ab.

Unzufriedenheit gab es in der Beirätekonzferenz mit den Vorschlägen des Ressorts für eine Richtlinie der Zusammenarbeit zwischen Beiräten und Verkehrsbehörde. Bereits seit vier Jahren wird über die Richtlinie diskutiert, die auch als wichtige künftige Grundlage für die Umsetzung der Stadtteilbudgets gilt. Im Kern geht es darum, über welche Straßen die Beiräte entscheiden dürfen. Die Vorstellungen, welche Straßenzüge nur dem Stadtteil zuzuordnen sind und welche nicht, gehen teilweise weit auseinander. Laut neuem Vorschlag des Ressorts soll im Konfliktfall die Deputation für Bau und Verkehr entscheiden. Für Dietrich Heck wäre das jedoch „eindeutig rechtswidrig“. Sowohl im Ressort als auch in den Beiräten soll der Richtlinienentwurf nun noch einmal überprüft